

Bildung: keine Wunderwaffe gegen (Kinder-)Armut

Über die ideologische Entsorgung eines gesellschaftlichen Problems

von Christoph Butterwegge



Foto: ASP Linse

In einem Interview, das die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung am 8. Oktober 2006 veröffentlichte, ließ der SPD-Vorsitzende Kurt Beck eher beiläufig den Begriff „Unterschichten“ fallen. Als wenig später eine Studie „Gesellschaft im Reformprozess“ bekannt wurde, die TNS Infratest Sozialforschung Berlin im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung durchgeführt hatte und in welcher der Terminus „abgehängtes Prekariat“ vorkommt, entdeckte die deutsche (Medien-)Öffentlichkeit nach Jahren, wenn nicht Jahrzehnten wieder das sonst in der Vorweihnachtszeit und im Sommerloch abgehandelte Thema „Armut“.

Statt eines Politikwechsels löste dieser Umstand ideologisch motivierte Abwehrreflexe aus: Da wurde entweder der einzelne Betroffene für seine Misere verantwortlich gemacht oder der Sozialstaat zum Sündenbock erklärt. Kurt Beck warf den Unterschichtangehörigen in dem genannten Interview mangelnden Aufstiegswillen vor und verlangte am 12. Dezember 2006 von Henrico Frank, Deutschlands „frechstem Arbeitslosen“ (Bild-Zeitung), auf dem Wiesbadener Weihnachtsmarkt: „Waschen und rasieren Sie sich erst mal ... dann finden Sie auch Arbeit!“ Man erwartet von den Armen im Grunde, dass sie sich nach der Münchhausen-Methode „am eigenen Schopf“ aus ihrer Lage befreien und ignoriert, dass dies sinnvoller Angebote der Sozial-, Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik bedarf, die es seit den Hartz-Gesetzen immer weniger gibt.

Walter Wüllenweber schrieb im stern (v. 19.10.2006): „Wir leisten uns einen der teuersten Sozialstaaten der Welt. Das könnte man ertragen. Aber es ist gleichzeitig der erfolgloseste

Sozialstaat.“ Die erfolgreiche Diskreditierung des Wohlfahrtsstaates in der öffentlichen bzw. veröffentlichten Meinung funktioniert fast immer nach demselben Grundmuster: Man beschneidet seine Leistungen und raubt den von ihm abhängigen Menschen, seien es Langzeitarbeitslose, Kranke, Behinderte oder Rentner/innen, immer mehr das für ihr tägliches Leben nötige Geld, ruft dabei laut „Haltet den Dieb!“ und zeigt mit dem Finger auf das System der sozialen Sicherung.

Armut und Reichtum sind zwei Seiten einer Medaille

Wer über die Oberschicht und ihre Tendenz, sich der finanziellen Verantwortung für das Gemeinwesen durch Steuerflucht (Franz Beckenbauer, Günther Netzer, Michael Schumacher & Co. lassen grüßen) zu entziehen, nicht sprechen will, sollte auch über die Unterschicht schweigen. Nach dem Medienhype um Becks Interview wurde es schnell wieder still im Hinblick auf die soziale Polarisierung, welche sich seit der Vereinigung von BRD und DDR 1989/90 quantitativ wie qualitativ erheblich deutlicher ausprägt. Man spricht von einer „Infantilisierung der Armut“ (Richard Hauser), weil junge Menschen die am häufigsten und am stärksten von Armut bedrohte Altersgruppe bilden, während früher hauptsächlich Rentnerinnen betroffen waren. Trotz des Konjunkturaufschwungs lebten im März 2007 fast 1,93 Mio. Kinder unter 15 Jahren – von knapp 11,5 Mio. dieses Alters insgesamt – nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit in SGB-II-Bedarfsgemeinschaften. Rechnet man die übrigen Betroffenen (Kinder in Sozialhilfhaushalten, in Asylbewerber-Familien, die weniger als die Sozialhilfe erhalten, und von sog. Illegalen, die keine Transferleistungen beantragen können) hinzu und berücksichtigt außerdem die sog. Dunkelziffer (d.h. die Zahl eigentlich Anspruchsberechtigter, die aus Unwissenheit, Scham oder anderen Gründen keinen Antrag auf Sozialhilfe

Man erwartet von den Armen, dass sie sich „am eigenen Schopf“ aus ihrer Lage befreien und ignoriert, dass es sinnvoller Angebote der Sozial-, Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik bedarf.

bzw. Arbeitslosengeld II stellen), leben über 2,5 Millionen Kinder, d.h. mehr als jedes fünfte Kind dieses Alters, auf oder unter dem Sozialhilfeniveau. Gleichzeitig beträgt das Privatvermögen der beiden reichsten Deutschen, der Gebrüder Albrecht (Eigentümer der Aldi-Ketten Nord und Süd), laut Forbes 37,5 Mrd. EUR.

In einer postmodernen Hochleistungsgesellschaft, die Konkurrenz bzw. Leistung geradezu glorifiziert und Letztere mit Prämien, Gehaltszulagen oder Lohnsteigerungen prämiert, erscheint Armut funktional, weil sie nur das Pendant dessen verkörpert, was die Tüchtigeren und daher Erfolgreichen in des Wortes doppelter Bedeutung „verdient“ haben. Armut ist mithin kein „Betriebsunfall“ oder „unsozialer Kollateralschaden“, vielmehr konstitutiver Bestandteil einer kapitalistischen Marktwirtschaft im Zeichen der Globalisierung. Sie dient im neoliberalen „Umbau“-Projekt als ein willkommenes Disziplinierungsinstrument, während materieller Wohlstand und privater Reichtum ein geeignetes Lockmittel bilden, das die „Leistungsträger“ zu besonderen Anstrengungen motivieren soll.

Irrwege und wirkungslose Mittel im Kampf gegen die (Kinder-)Armut

In den Medien dominieren Armutsbilder, die stark vom Masenelend der sog. Dritten Welt bzw. des europäischen Mittelalters (Verhungernde, Obdachlose und Bettler) bestimmt sind. Armut in Kiel, Kassel oder Köln unterscheidet sich zweifellos stark von Armut in Kalkutta. Daraus abzuleiten, Hartz-IV-Empfänger/innen jammerten „auf einem hohen Niveau“, ist allerdings kurzschlüssig. Denn die Armut in einem reichen Land kann erniedrigender, bedrückender und bedrängender sein als jene in einem armen Land, weil vor allem die stark betroffenen Kinder und Jugendlichen in einer westlichen Konsumgesellschaft einem stärkeren Druck seitens der Werbeindustrie wie auch ihrer eigenen Spielkamerad(inn)en und Mitschüler/innen ausgesetzt sind, teure „Markenklamotten“ zu tragen oder mit dem tollsten Handy zu telefonieren. Empathie und Solidarität erfahren die von Armut oder Unterversorgung betroffenen Menschen hingegen in einem sehr viel geringeren Maße, als dies dort der Fall ist, wo kaum jemand ein großes (Geld-)Vermögen besitzt.

Bildungsbeteiligung ist ein Menschenrecht, aber zur Armutsbekämpfung nicht ausreichend und schon längst kein Garant für eine gesicherte materielle Existenz mehr.

Armut ist mehr, als wenig Geld zu haben. Denn sie führt zu vielfältigen Benachteiligungen, Belastungen oder Beeinträchtigungen, etwa im Gesundheits-, Wohn-, (Aus-)Bildungs-, Kultur- und Freizeitbereich. Dies verleitet manche

Kommentatoren dazu, (Kinder-)Armut zu kulturalisieren, zu subjektivieren und zu individualisieren. So behauptete der Historiker Paul Nolte unter dem makabren Titel „Das große Fressen“ (Die Zeit v. 17.12.2003), das Hauptproblem der Unterschicht sei gar nicht die Armut, sondern der massenhafte Konsum von Fast Food und TV. Als sei das „Unterschichten-Fernsehen“, dessen übermäßiger Konsum sie angeblich davon abhält, ihren sozialen Aufstieg zu organisieren, nicht bloß die moderne Wiederkehr von „Brot und Spielen“, mit denen man sozial Benachteiligte in der Antike ruhigstellte!



Die ideologische Entsorgung des Armutsproblems, das vielfach auf „Bildungsarmut“ reduziert wird, erfolgt im bürgerlichen Feuilleton gewöhnlich mittels seiner Pädagogisierung. Fehlende oder mangelhafte (Schul-)Bildung kann die Armut potenzieren und zementieren. Sie ist jedoch nur deren Auslöser, nicht die Ursache materieller Not. Obgleich unersetzlich für das Wohlergehen sozial benachteiligter Kinder und die Entwicklung ihrer Persönlichkeit, taugen Bildung und Kultur deshalb keineswegs als Wunderwaffe im Kampf gegen die (Kinder-)Armut, zumal sie zusehends privatisiert und damit zu einer Ware werden, die sich Arme gar nicht leisten können. So wichtig mehr Bildungs- und Kulturangebote für betroffene Kinder sind, so wenig können sie allein das Problem lösen.

Was zum individuellen Aufstieg taugen mag, versagt als gesellschaftliches Patentrezept: Wenn alle Kinder mehr Bildung bekämen, würden sie womöglich um die wenigen Ausbildungs- bzw. Arbeitsplätze nur auf einem höheren Niveau, aber nicht mit besseren Chancen konkurrieren. Folglich gäbe es am Ende mehr Taxifahrer mit Abitur und abgeschlossenem Hochschulstudium, aber kaum weniger Armut. Eine bessere (Aus-)Bildung erhöht die Konkurrenzfähigkeit eines Heranwachsenden auf dem Arbeitsmarkt, ohne jedoch die Erwerbslosigkeit und die (Kinder-)Armut als gesellschaftliche Phänomene zu beseitigen. Hierzu bedarf es nach wie vor der Umverteilung von Arbeit, Einkommen und Vermögen, was die Wohlhabenden, Reichen und Superreichen aus naheliegenden Gründen nicht gern hören.

Möglichkeiten der Verringerung und Vermeidung von (Kinder-)Armut

„Bildungsarmut“, die in der Bundesrepublik besonders unter Kindern aus zugewanderten Familien grassiert, lässt sich nur verringern, wenn Schul- bzw. Weiterbildung als Kern einer fortschrittlichen Gesellschaftspolitik verstanden wird und eine strukturelle Benachteiligung deprivierter Kinder – wie sie das drei- bzw. viergliedrige Sekundarschulsystem hierzulande aufgrund seiner sozialen Selektivität bedingt – unterbleibt. Bildungsbeteiligung ist ein Menschenrecht, aber zur Armutsbekämpfung nicht ausreichend und schon längst kein Garant für eine gesicherte materielle Existenz mehr.



Die negativen Auswirkungen von „Sparmaßnahmen“ im Jugend-, Sozial- und Gesundheitsbereich wie auch bei den Bundeszuschüssen zum öffentlichen Nahverkehr (Kürzung der sog. Regionalisierungsmittel) beeinträchtigen die Zukunftsperspektiven der künftigen Generationen. Dazu zählt ebenfalls die Beschneidung der Bundeskompetenzen im Bildungsbereich, weil die Föderalismusreform mit dem „Wettbewerbsföderalismus“ einer desaströsen Konkurrenz zwischen den Bundesländern nunmehr Tür und Tor öffnet, was den Schülern in finanzschwachen Ländern besonders schadet, können die guten Lehrkräfte doch leichter abgeworben werden.

Häufig wird ein Gegensatz zwischen der „nachträglich ausgegleichenden Sozialpolitik“ traditioneller Art und einem moderneren, investiven bzw. „vorsorgenden Sozialstaat“ konstruiert, wodurch Ältere und Jüngere in Gegensatz zueinander geraten und ein „(Verteilungs-)Kampf der Generationen“ um die knappen Haushaltsmittel droht. In Wahrheit ergänzen sich Bildungs- und Sozialpolitik bezüglich der notwendigen Inklusion von Kindern aus unterprivilegierten Elternhäusern, wirken also komplementär.

Man kann nicht einerseits Bildungs- als Sozialpolitik interpretieren und andererseits von der Schule über den Weiterbildungssektor bis zur Hochschule alle Institutionen dieses Bereichs privatisieren, ohne unglaublich zu werden. In einem

Die negativen Auswirkungen von „Sparmaßnahmen“ im Jugend-, Sozial- und Gesundheitsbereich beeinträchtigen die Zukunftsperspektiven der künftigen Generationen.

Bildungssystem, das zunehmend kommerzialisiert wird, stoßen Kinder nur noch auf Interesse, wenn sie (bzw. ihre Eltern) als möglichst zahlungskräftige Kunden firmieren. Kontraproduktiv wirken auch die Beschneidung der Lernmittelfreiheit in mehreren Bundesländern und die Schließung von (Schul-)Bibliotheken aus Kostengründen. Je weniger die öffentliche Hand aufgrund einer falschen Steuerpolitik in der Lage ist, die materielle Unterversorgung von Familien zu kompensieren, umso mehr Kinder leiden unter Bildungsarmut.

Nur wenn eine grundlegende Kurskorrektur erfolgt, vermag die Regierungspolitik den Trend zur Exklusion eines wachsenden Bevölkerungsteils umzukehren. Wer die Armut mit Erfolg bekämpfen will, muss die Reichen zur Kasse bitten, anders gesagt: eine Politik machen, welche dafür sorgt, dass jene nicht durch ständige Senkungen des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensteuer wie des Steuersatzes für Kapitalgesellschaften (Körperschaftsteuer) weiter entlastet, sondern durch die Wiedererhebung der Vermögensteuer und Anhebung der Steuersätze ihrer ökonomischen Leistungsfähigkeit gemäß zur Finanzierung sozialstaatlicher Aufgaben herangezogen werden.

Literatur:

- Butterwegge, Christoph/Klundt, Michael/Zeng, Matthias: Kinderarmut in Ost- und Westdeutschland, Wiesbaden (VS – Verlag für Sozialwissenschaften) 2005
- Butterwegge, Christoph: Krise und Zukunft des Sozialstaates, 3. Aufl. Wiesbaden (VS – Verlag für Sozialwissenschaften) 2006
- Butterwegge, Christoph/Lösch, Bettina/Ptak, Ralf: Kritik des Neoliberalismus, Wiesbaden (VS – Verlag für Sozialwissenschaften) 2007

Prof. Dr. Christoph Butterwegge



leitet die Abteilung für Politikwissenschaft an die Universität zu Köln. Seine Schwerpunkte sind vor allem „Rechtsextremismus, Rassismus, (Jugend-)Gewalt“ sowie „Migration und Integrationspolitik“.

Foto: Markus J. Febger